

DIE LINKE. DURCHBLICK

Sozialistische Zeitung für Bielefeld

Winter 2022/2023

Krieg und soziale Lage

Der geplante Energiepreisdeckel garantiert allen ein Energie-Grundkontingent zu verringerten Preisen und eine Einmalzahlung. Die Regierung nimmt damit ihre unsozialen Pläne für eine Gasumlage zurück. Das ist ein Erfolg der Proteste und ein Teilerfolg für die Mehrheit der Bevölkerung. Er zeigt aber auch: Die Regierung ist nur unter Druck zu einer sozialen Politik bereit!

Dennoch: Die breite Bevölkerung wird vor den Folgen der Energiepreissteigerungen schlecht geschützt, denn sie wirken sich auch auf Lebensmittel stark aus. Das betrifft die unteren Einkommensgruppen und Familien besonders. Hier drückt sich die Regie-

rung vor regelmäßigen Ausgleichszahlungen und speist mit Einmalzahlun-



gen ab. Auch Hartz-IV-Empfänger*innen gingen mit dem einmaligen 200 € Sofortzuschlag fast leer aus, was angesichts der Inflation an Zynismus grenzt.

Diese wirtschaftlichen Probleme sind Folge einer

falschen Sanktionspolitik, die ihre Ziele nicht erreicht. Die Boykotte führ-

ten nicht zu Einnahmeverlusten des russischen Regimes, sondern wegen der höheren Energiepreise sogar zu größeren Einnahmen. Die Exportverbote sollen möglichst stark die russische Wirtschaft schädigen, sie

treffen damit vor allem die Bevölkerung, während die Oligarchen und das

Regime durch die Sanktionen kaum betroffen sind. Auch langfristig trifft es die hiesige Wirtschaft, denn Russland wird sich umorientieren und seinen Handel auf Indien, China und Iran konzentrieren.

Zudem führen sie uns

in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA: von deren Fracking-Gas, von deren Absatzmärkten. Diese Abhängigkeit ist nicht besser als jene von Russland; die USA führen ebenso völkerrechtswidrige Kriege – Irak-Krieg und Libyen-Krieg sind nur Beispiele, die aber zeigen, dass die offiziellen Begründungen für die Sanktionen reine Heuchelei sind.

DIE LINKE fordert: Sanktionen gegen die Profiteure des Regimes statt eine Politik der Selbstschädigung! Regelmäßige Ausgleichszahlungen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen!

Florian Straetmanns
Sprecher
Kreisverband Bielefeld

LINKE Forderungen

Damit niemand frieren muss

Viele Menschen treffen ein Schlag ins Gesicht. Sie wissen nicht mehr, wie sie über den Monat oder



Foto: tookapic / pixabay

über den Winter kommen sollen: Für einen Vier-Personen-Haushalt könnten die Heiz- und Nebenkosten bis zu 5000 Euro teurer werden. Immer mehr Menschen müssen sogar am Essen sparen.

Damit niemand frieren oder hungern muss, hat DIE LINKE ein Konzept für einen Gas- und Strompreisdeckel vorgestellt.

Beide beinhalten ein Grundkontingent, welches sich am durchschnittlichen Verbrauch eines Haushaltes mit mittlerem

Einkommen orientiert. Der Preis für den Verbrauch von Gas- und Strom innerhalb dieses Kontingentes soll stark vergünstigt sein. 25% dieses Grundkontingentes sollen dabei kostenfrei sein. Mit diesem Konzept würden Haushalte mit einem durchschnittlichen Verbrauch komplett von der Deckelung profitieren. 80% aller Haushalte würden spürbar entlastet werden. Um langfristig die Strompreise gering zu halten, wollen wir die großen Energiekonzerne in öffent-

liche Hand überführen. Energie gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und soll keine Milliardenprofite für die Besitzer*innen der großen Konzerne bringen. Am günstigsten ist Strom aus erneuerbaren Energien, deshalb wollen wir diese mit einer großen Investitionsoffensive ausbauen. Das ist nicht nur gut für die Umwelt, es hält die Preise unten und schafft auch Tausende neuer Arbeitsplätze.

Dominik Goertz
Mitglied
im Jugendhilfeausschuss

Ein 49-€-Ticket macht noch keine Mobilitätswende

Im Januar 2023 soll es kommen, das 49-€-Ticket. Als Nachfolger des populären 9-€-Tickets, in Form eines monatlich kündbaren Abonnements. Das ist erstmal ein Schritt in die richtige Richtung, denn es vereinfacht für viele Menschen den Zugang zum ÖPNV, weg von komplizierten regionalen Tarifzonen und teuren kommunalen Ticketvarianten. Aber es ist auch klar: viele Menschen sind eben nicht alle Menschen – dafür ist das 49-€-Ticket noch im-

mer zu teuer. Der Preis ist ein entscheidender Faktor. Ein günstigeres Ticket muss die Gesellschaft nicht zwangsläufig mehr kosten. Umfragen zeigen, dass günstigere Tickets höhere Einnahmen bringen. Bei einem

Preis von 29 Euro pro Monat werden doppelt so viele Nutzer*innen und somit 1,4 Mrd. Euro mehr Einnahmen erwartet. In jedem Fall muss das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr deutlich verbessert und Kapazitäten ausgebaut werden. Längerfristig muss ein kostenloser ÖPNV das Ziel sein, der das Recht auf Mobilität für alle umsetzt und so unabhängig vom Geldbeutel ist.

Das 49-€-Ticket kommt!
Wo bleibt die Bahn?



Preis von 29 Euro pro Monat werden doppelt so viele Nutzer*innen und somit 1,4 Mrd. Euro mehr Einnahmen erwartet. In jedem Fall muss das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr deutlich verbessert und Kapazitäten ausgebaut werden. Längerfristig muss ein kostenloser ÖPNV das Ziel sein, der das Recht auf Mobilität für alle umsetzt und so unabhängig vom Geldbeutel ist.

Felix Haukap
Kreisvorstand

Solidarischer Herbst

Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände demonstrierten gemeinsam:

Für eine Politik, die Soziales und Ökologisches zusammenbringt! Eine deutliche Entlastung von Geringverdienenden, eine angemessene Belastung der Superreichen, Übergewinnsteuer, massive Investitionen in klimafreundliche Energie, den Abbau klimaschädlicher Subventionen und eine bezahlbare Nachfolge des 9-Euro-Tickets waren die zentralen Forderungen des Bündnisses. Dazu gehören auch Energiesparmaßnahmen und der „naturverträgliche Ausbau“ von erneuerbaren Energien. Die Rückkehr zur Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland wurde abgelehnt und die

Solidarität mit der Ukraine bekräftigt.

Dem Aufruf folgten ca. 24.000 Menschen in sechs Städten. DIE LINKE hatte für eine Beteiligung geworben und war sichtbar vor Ort vertreten.

Das Bündnis ist ein wichtiger Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Umweltorganisationen. Denn die Umwelt- und Energiekrise kann nur solidarisch überwunden werden. Die Demonstration war auch ein Zeichen gegen die Spalterei und Hetze aus der rechten Szene.

Weiter Informationen:
<https://www.solidarischerherbst.de/>

Carsten Strauch
Arbeitskreis Umwelt



Politischer Knebel-Chor (PKK)

Beim 1. Live-Konzert

Zum „Sound-of-Schildesche“ am 25.8.22 trat der Politische Knebel-Chor erst zum 2. Mal auf mit Liedern der Arbeiterbewegung wie „Bella Ciao“, „Einheitsfrontlied“ und dem „Solidaritätslied“.

Der Chor hatte sich vor 2 Jahren zum Kommunalwahlkampf schon einmal vor das „Bonne Auberger“ in Schildesche gestellt, um diese Lieder zu singen: allerdings nur als Spaß-Veranstaltung, denn Corona erlaubte es Chören nicht zu singen; so machten die Sänger*innen zu einer CD nur den Mund auf und zu – ein gelungenes wahres Happening.

Nun aber wurde live gesungen zum Chorsatz von unserm Genossen Thorsten von Knebel; der Zuspruch der Zuschauer*innen war groß, viele sangen mit, und manch eine/r äußerte den Wunsch im Chor mitzusingen.

Spätestens im Frühjahr wird der PKK neue Lieder einstudieren und bei Events auf der Straße und im Saal auftreten.

Parteimitglieder und Interessierte jeden Alters sind herzlich willkommen mitzumachen.

Bitte meldet Euch bei Thorsten: thvonknebel@gmx.de

Bernd Adolph
Bezirksvertreter Schildesche

Sozialpolitik in den Mittelpunkt!

Die soziale Frage ist mit der Energiekrise und mit der steigenden Inflation wieder einmal sehr in den Mittelpunkt unseres Alltags gerückt. Auch wenn die Bundesregierung mit mehreren Entlastungspaketen Abhilfe beschlossen hat, kommt die Hilfe nicht zielgerichtet dort an, wo sie dringend gebraucht wird. Andere soziale Probleme, die in der Corona Pandemie sehr deutlich wurden, scheinen ganz vergessen. Nicht aber von uns!

Krankenhäuser besser finanzieren

Wir erinnern an die Koalitionsversprechen von SPD und Grünen hin zu einer wirklich gerechten Krankenversicherung und an die dringend notwendige Reform der Krankenhausfinanzierung. Am Personalmangel noch wenig gegensteuert kommen nun die steigenden Energiekosten dazu.

Selbst die großen Krankenhausträger erklären, dass sie die dramatisch steigenden Energiekosten nicht aufbringen können und dadurch rasch in eine wirtschaftliche Notlage kommen.

Die Landesregierung NRW kann sich "freuen", will sie

Das hat schon begonnen! Die Geschäftsführung des kommunalen Klinikums Lippe hat die Unfallchirurgie und Orthopädie am Standort Lemgo zum 30. September geschlossen. Kliniken in Bielefeld müssen Geld leihen, um ihre Energiekosten 2022

lich die Personalkosten in der Gesundheitswirtschaft rund 70 % der Kosten ausmachen, ist ja klar, wen das trifft. Das Personal ist schon seit Jahren überlastet und wird sich künftig noch weniger um uns, die Patient*innen kümmern können.

Gewerkschaftsaktionen zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst.

DIE LINKE Bielefeld fordert ihre Mitglieder, politische Freunde und Bürger*innen auf die Aktionen der Verdi zu unterstützen. Viel zu viele erfahrene und vormals hoch motivierte Kolleg*innen haben ihren Traumberuf (z.B. in der Pflege) schon verlassen.

Wir aber brauchen sie und sie brauchen Gute Arbeit! Nur eine inflationsdeckende Lohnpolitik und wirkliche Entlastung am Arbeitsplatz der Pflegekräfte und Erzieher*innen sichern qualifizierte Arbeit in unseren Kindertagesstätten, im Krankenhaus, in Alteneinrichtungen oder wo immer wir unsere Kolleg*innen brauchen.

Brigitte Stelze
Sprecherin
DIE LINKE Bielefeld



doch nach neuer Krankenhausplanung Kapazitäten konzentrieren bzw. Versorgungsleistungen abbauen.

und folgende zu bezahlen. Das bedeutet sie müssen sparen! Sparen an unserer Gesundheit! Da bekannt-

Für gute Löhne und gute Arbeit

Nach dem Jahreswechsel rechnen wir mit ersten

Der freie Markt versagt

Staatliche Preisaufsicht wieder einführen!

Nach der Ideologie der freien Marktwirtschaft sollen Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Das funktioniert jedoch nur so lange, wie der

Markt ausgeglichen ist oder Kunden günstigere Alternativen kaufen können. Ansonsten können Anbieter nahezu beliebig die Preise erhöhen und so

riesige Gewinne in die eigene Tasche stecken. Infolge des russischen Angriffskrieges hat Putin die Gaslieferungen reduziert und schließlich gestoppt. Für die überzogenen Preise sorgt allerdings der „freie Markt“: Aufgrund der weltweiten Gasknappheit treiben alle Gaslieferanten die Preise in die Höhe, um phantastische Gewinne zu machen – auch Lieferanten aus befreundeten Ländern wie die USA oder aus Europa. Zusätzlich hat die EU den Strompreis aus günstigen

alternativen Energien an den Strompreis aus teurem Gas gekoppelt. Andere Firmen nutzen die gestiegenen Energiekosten für überzogene Preissteigerungen und Extraprofite. Gier und Börsenspekulation verschärfen die Wirtschaftskrise. Kritik an Wucherpreisen gibt es kaum: Gewinne, die der freie Markt ermöglicht, erscheinen geradezu heilig – besonders in Deutschland. Seit Frühjahr 2022 haben einige EU-Länder Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuern ein-

geführt – in Deutschland hat die Regierung den Sommer genutzt, um solche Gegenmaßnahmen hier möglichst zu verhindern und auf EU-Ebene zu verzögern.

DIE LINKE fordert, neben Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer, dass die staatliche Preisaufsicht für Energiekosten wieder eingeführt wird, um Mitnahmeeffekte und Absprachen der Unternehmen zu verhindern.

Dr. Dirk Schmitz
Kreisvorstand



Das Erstarken der Rechten und was wir dagegen tun müssen!

Erschüttert muss man feststellen, dass in Italien eine rechte Partei die Wahlen gewonnen hat. Fratelli d'Italia hat nun eine Koalition mit Lega und Forza Italia gebildet und Giorgia Meloni zur Ministerpräsidentin gewählt. Meloni und ihre Partei beziehen sich positiv auf Mussolini und die italienische Faschismusbewegung.

Auch in Deutschland steigen die Zustimmungswerte zur rechtsextremen AfD, welche bei den jüngsten Wahlen in Niedersachsen dazu gewinnen konnte. Sie schaffen es immer wieder die Wut auf die Ampelregierung mit populistischen Forderungen nach rechts zu kanalisieren. Tatsächlich steht die AfD nicht nur für eine rechte, sondern auch eine neoliberale Politik. Sie lehnt sozialen



Wohnungsbau und eine Mietpreisbremse ab. Während der Energiekrise spricht sie sich gegen einen Gaspreisdeckel aus. Auch der Klimawandel wird geleugnet. Die AfD betreibt eine Politik zugunsten der Konzerne und Spekulanten.

In diesen Zeiten braucht es eine starke LINKE, die für eine Umverteilung von oben nach unten eintritt. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit muss noch stärker mit dem Kampf gegen jegliche Formen der Diskriminierung und Unterdrückung verbunden werden. Den rechten Hetzer*innen setzen wir unsere Solidarität entgegen. Unsere Solidarität ist unteilbar.

Christopher Strunz
Kreisvorstand

Gleiche Rechte für alle Geflüchtete!

Der Krieg in der Ukraine dauert mittlerweile mehr als neun Monate. Millionen Menschen aus der Ukraine sind auf der Flucht. Davon sind über eine Million Menschen nach Deutschland geflüchtet. Nur Geflüchtete mit ukrainischem Pass erhalten schnellen und unbürokratischen Schutz: eine Aufenthaltserlaubnis, Sozialleistungen nach dem SGB II und medizinische Versorgung. Dies alles muss jedoch für alle Schutzsuchenden gelten, unabhängig von ihrem Herkunftsland. Geflüchtete ohne ukrainische Staatsbürgerschaft unterstehen wie Geflüchtete aus anderen Ländern dem diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetz (Wohnheimunterbringung, geringe Geld- und Sachleistungen, Arbeitsverbot, Residenzpflicht). DIE LINKE for-

dert die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, den gleichberechtigten Zugang zum Sozialleistungssystem und zum Arbeitsmarkt, freie Wohnortwahl und dezentrale Unterbringung für alle Geflüchtete.

Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und der sich zuspitzenden ökonomischen und ökologischen Krisen. Unzählige Menschen stehen weiterhin vor Hochsicherheitsgrenzen, werden gewalt-sam zurückgedrängt, sind in unmenschlichen Lagern untergebracht oder sterben bei der Fahrt über das Mittelmeer. DIE LINKE fordert sichere und legale Einreisewege für Geflüchtete und eine staatlich-zivile EU-Seenotrettungsmission. Die Abschottung an den EU-Außengrenzen muss aufhören.

Gülcan Turan



Geändert wird nur der Name. Von den geringfügigen Erleichterungen ist so gut wie nichts übriggeblieben. Das Sanktionsregime soll unverändert bestehen bleiben. Für viele Hartz IV-Bezieher*innen wird die Einführung des Bürgergelds sogar eine Verschlechterung bedeuten. In der Coronakrise gab es eine Karenzzeit für Hartz IV-Neuan-

kömmlinge, die jetzt zum Jahresende ausläuft. Diese Regelung besagte, dass man in den ersten zwei Jahren keinen Zwangsumzug fürchten musste und in dieser Zeit betrug das Schonvermögen bis zu 60.000 Euro - jetzt wird es auf 40.000 Euro gesenkt.

Dr. Dirk Schmitz
Kreisvorstand

Macht mit!

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen

- Arbeitskreis Frieden, Internationale Politik und Flucht
- Arbeitskreis Soziales und Gewerkschaft
- Arbeitskreis Wohnen
- Arbeitskreis Umwelt
- Arbeitskreis Bildung
- Arbeitskreis Digitalisierung
- Stadtteilgruppen Schildesche und Süd
- Frauenplenum
- JUNGE LINKE

So erreichen Sie uns

Telefon: 0521-86611

vorstand@dielinke-bielefeld.de

www.dielinke-bielefeld.de

August-Bebel-Str. 126
33602 Bielefeld